

■ VERBAND

11/SN-58/ME

ÖSTERREICHISCHER ZEITUNGSHERAUSGEBER  
UND ZEITUNGSVERLEGER

V.Ö.Z., SCHREYVOGELGASSE 3, 1010 WIEN I • TEL. 0 22 2/63 61 78, 63 13 39 • FS 11-4223 • TELEGRAMMADRESSE: ZEITUNGSVERBAND WIEN

GENERALSEKRETARIAT

22. September 1987

Iv/ne

An das  
Präsidium des NationalratesParlament  
1016 W i e n

GEFERTIGT	
Zl.	58 GE 987
Datum:	23. SEP. 1987
Verteilt:	25. Sep. 1987

*Kelly*  
*Hayek*

Betrifft: Zl. 34.401/9-2/87

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarkt-  
förderungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz  
und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 638/1982 geändert werden

Der gefertigte Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger als Interessenvertretung der österreichischen Presse, beehrt sich mitzuteilen, daß von seiner Seite zu den geplanten gesetzlichen Änderungen keine Stellungnahme abgegeben wird, hat jedoch eine Änderung des geltenden Arbeitsmarktförderungsgesetzes vorzuschlagen:

In § 9 dieses Gesetzes heißt es, daß die Aufnahme von Stellenangeboten und Stellengesuchen in Zeitungen, Zeitschriften, Fachblätter und ähnlich periodisch erscheinenden Druckschriften nicht eingeschränkt wird, es sei denn, daß die Veröffentlichung von Stellenanzeigen und Stellenangeboten der Hauptzweck des Druckwerkes ist; die Veröffentlichung von Stellenanzeigen für eine Beschäftigung im Ausland bedarf jedoch der vorherigen Zustimmung des zuständigen Landesärbeitsamtes, die zu erteilen ist, wenn durch das Stellenangebot Arbeitskräfte gesucht werden, an denen in Österreich kein Mangel besteht.

Dieses unter Verwaltungsstrafsanktion stehende Verbot der Aufnahme von Inseraten ausländischer Arbeitgeber stammt aus der NS-Zeit und wurde aus einer "Verordnung des Führers und Reichskanzlers" in das Arbeitsmarktförderungsgesetz übernommen. Es mag für die Zeit des Wiederaufbaues und der Vollbeschäftigung in Österreich zweckmäßig gewesen sein, ist aber heute antiquiert und sachlich nicht mehr gerechtfertigt. Denn es gibt

-2-

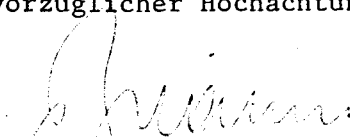
keine Berufsgruppe mehr, in der Mangel an Arbeitskräften bestünde, weil im Gegenteil in jeder Berufsgruppe schon ein Überangebot an Arbeitskräften besteht. Daher müßte jedes Inserat eines ausländischen Arbeitgebers bewilligt werden, was allein schon beweist, daß der Bewilligungsvorgang selbst überflüssig ist, weshalb er von den österreichischen Zeitungsverlegern als Schikane empfunden wird. Die vielen in Österreich verbreiteten ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, die naturgemäß viele solche Inserate enthalten, bedürfen hiezu keinerlei vorheriger Zustimmung des Arbeitsamtes und können wegen solcher Inserate auch nicht bestraft werden, sind also in Österreich besser gestellt als österreichische Zeitungen.

Abgesehen davon muß es als eine unzulässige Zensur angesehen werden, wenn die Veröffentlichung eines Zeitungsbeitrages, wozu auch Inserate gehören, von einer behördlichen Zustimmung abhängt, wie dies Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes ausdrücklich verbietet. Eine derartige Beschränkung der Medienfreiheit widerspricht aber auch der Präambel zum Mediengesetz, weil es keiner der in Artikel 10 der Menschenrechtskonvention angeführten Gründe rechtfertigt, die Veröffentlichung von Stellenanzeigen in periodischen Druckschriften für eine Beschäftigung im Ausland von einer behördlichen Zustimmung oder Bewilligung abhängig zu machen. Diese Bestimmung im Arbeitsmarktförderungsgesetz wird somit als verfassungswidrig angesehen.

Daher ersuchen wir dringend, sie ersatzlos zu streichen.

Wir überreichen diesen Schriftsatz in 25facher Ausfertigung und übersenden zugleich einen Abzug desselben an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
Mag. Franz Ivan  
(Generalsekretär)

25-fach